



Der Vorsitzende des
Gesundheitsausschusses
der Stadtverordnetenversammlung
Amt der Stadtverordnetenversammlung
E-mail: stadtverordnetenversammlung@wiesbaden.de
Rathaus-Schloßplatz 6-65183 Wiesbaden
Telefon (0611) 31-4554
Telefax (0611) 31-3902
Sachbearbeiter: Herr Weinert
E-mail: dietmar@wiesbaden.de

Wiesbaden, 03.09.2008

1. Den Mitgliedern des
Gesundheitsausschusses
2. Den Fraktionen
3. Dem Magistrat
4. Nachrichtlich
Frau Stadtverordnetenvorsteherin

Einladung

zur öffentlichen Sitzung
des Gesundheitsausschusses
am Dienstag, 09. September 2008, um 17:00 Uhr,
Asklepios Paulinen Klinik - Bistro -
Geisenheimer Straße 10, 65197 Wiesbaden

- Vor Eintritt in die Tagesordnung findet eine Bürgerfragestunde statt -

Tagesordnung

1. Genehmigung der Niederschrift vom 12.8.2008

2. 08-A-17-0004

Amt der Patientenfürsprecherin für die Asklepios Paulinen Klinik

3. 08-F-07-0004

ANLAGE

Neophyten

- *Beschluss des Gesundheitsausschusses vom 15.4.2008* -

4. 08-F-25-0099

Finanzsituation von Krankenhäusern

- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die GRÜNEN und FDP vom 21.7.2008 -

Die finanzielle Situation vieler Krankenhäuser ist extrem schlecht: Von den bundesweit 2.100 Kliniken schreiben inzwischen fast 700 Häuser rote Zahlen. Zahlreiche Krankenhäuser bangen um ihre Existenz: Einem gewaltigen Kostenanstieg, insbesondere durch die Tarifabschlüsse für ärztliches und pflegerisches Personal sowie steigende Energie- und Sachkosten, der für alle Krankenhäuser bundesweit auf insgesamt 8 Mrd. Euro für die Jahre 2008/2009 geschätzt wird, stehen nur minimale Erlössteigerungen entgegen. Hält diese schlechte Finanzsituation der Krankenhäuser an, wird die kostendeckende medizinische und pflegerische Versorgung langfristig nicht mehr möglich sein.

Diese Entwicklung ist auch für den Gesundheitsstandort Wiesbaden relevant, da hier viele Arbeitsplätze vom Gesundheitssektor abhängig sind.

Der Magistrat wird gebeten,

- 1.) sich bzgl. der Betriebskosten auf Bundesebene - gemeinsam mit den kommunalen Spitzenverbänden (Deutscher Städtetag, Deutsche Städte - / Gemeindebund) und dem Hessischen Städtetag - für eine Verbesserung der Finanzsituation der Krankenhäuser - insbesondere in öffentlich-rechtlicher Trägerschaft - einzusetzen.
- 2.) sich auf Landesebene dafür einzusetzen, dass die Investitionskostenförderung des Landes stärker an den tatsächlichen Investitionserfordernissen ausgerichtet wird und die Zuschüsse den Krankenhäusern tatsächlich zur Verfügung gestellt werden.

5. 08-F-25-0100

Initiative geprüftes Sonnenstudio

- Antrag der Fraktionen von CDU, Bündnis 90 / Die GRÜNEN und FDP vom 28.7.2008 -

Nach Berichten des Bundesministeriums für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit erkrankten letztes Jahr 120.000 Menschen an Hautkrebs durch UV-Exposition. Besonders betroffen sind Menschen, bei denen eine UV Strahlung schon in der Kindheit und Jugend Schäden in der Epidermis verursacht hat. Die Schädigung kann nachweislich im späteren Leben das Auftreten von Hautkrebs beschleunigen. Die Latenzzeit zwischen induziertem Schaden und Auftreten von Hautkrebs liegt zwischen 30 und 50 Jahren.

Der Schutz der Kinder und Jugendlichen ist deshalb besonders wichtig. Aus diesem Grund hat die Bundesregierung die Initiative „Geprüftes Sonnenstudio“ ins Leben gerufen. In den zertifizierten Studios sind alle Geräte auf dem neuesten Stand, das Personal ist sachkundig und es wird darauf geachtet, dass die Bräunungszeiten nicht gesundheitsgefährdenden Bereich liegen. Zusätzlich gibt es eine Altersbegrenzung für die Nutzung der Sonnenbänke.

Der Gesundheitsausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird zum Schutz der Gesundheit der Nutzerinnen und Nutzer gebeten, mit den Betreibern aller Wiesbadener Sonnenstudios in Kontakt zu treten und darauf hinzuwirken, dass die Studios eine Zertifizierung vornehmen.

6. 08-F-25-0101

Bericht über das Projekt zur Unterstützung von Risikofamilien mit kleinen Kindern
- Antrag der Fraktionen von CDU, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und FDP vom 25.8.2008 -

Rund fünf Prozent der Kinder eines Jahrgangs sind gefährdet Opfer von Vernachlässigung zu werden, so Berechnungen einer Studie des Robert-Koch-Instituts. In Wiesbaden wäre demnach mit rund 135 Kindern pro Jahrgang zu rechnen, denen entsprechend geholfen werden müsste. Weitet man die Zielgruppe auf bis zu 6-jährige Kinder aus, so bedeutet dies einen Betreuungsbedarf von etwa 810 Kindern. Bis 2001 gab es am Gesundheitsamt Wiesbaden eine „Mütterberatung“, die Anlaufstelle für „Risikofamilien“ und andere Familien mit Unterstützungsbedarf war.

Als „Nachfolgeprojekt“ wurde dieses Jahr „FRANKA“ ins Leben gerufen. Das Angebot „Frühe Anleitung durch Kinderkrankenschwestern, Hebammen, Ärztinnen und Ärzte“ ist eine Kooperation zwischen der Jugend- und Gesundheitshilfe. Im Gegensatz zur Mütterberatung ist „FRANKA“ ein aufsuchendes Projekt und deshalb besonders effektiv, aber auch personalintensiv.

Der Ausschuss möge beschließen:

Der Magistrat wird gebeten,

über den aktuellen Stand - Angebote und Erfolge - sowie die Aussichten der Weiterentwicklung des Projekts „FRANKA“ zu berichten.

7. Verschiedenes

Falls ein Ausschussmitglied an der Teilnahme verhindert sein sollte, wird um Weitergabe der Einladung gemäß § 62 HGO gebeten.

Im Anschluss an die öffentliche Sitzung tagt der Ausschuss nicht öffentlich, falls Tagesordnungspunkte zur Beratung und Beschlussfassung in nicht öffentlicher Sitzung vorgesehen werden.

Abt
Vorsitzender